

BIM POSITION NR.4

Zu den Wahlen in Bosnien und Herzegowina

Oktober 2014



Am Sonntag, 12. Oktober 2014 fanden in Bosnien und Herzegowina (BiH) allgemeine Wahlen statt. Was diese dem Land und seiner Bevölkerung bringen werden, ist eine brennende Frage. Nach einem angespannten und mit wohl-bekanntem Dichotomien und nationalistisch-ethnischen Diskursen untermauerten Wahlkampf¹ haben laut aktuellen Angaben der Zentralen Wahlkommission nur ca. 53% der Bevölkerung gewählt, wobei wieder nationalistisch ausgerichtete Parteien den Großteil der Stimmen bekamen. Die allgemeine Stimmung im Land ist eher negativ und pessimistisch, doch ist allen klar, dass die Menschen nichts mehr zu verlieren haben. Die Zeit des Stillstands ist abgelaufen.

Allgemeine Wahlen in Bosnien und Herzegowina

Zwanzig Jahre nach dem Krieg stellt sich die Frage, warum die Situation in Bosnien und Herzegowina immer noch sehr schlecht ist: die Arbeitslosenquote beträgt über 40%, die wirtschaftliche Produktion ist in allen Sektoren sehr schwach bzw. lahmgelegt, die Korruption ist allgegenwärtig, was sich auf den Zugang und die Qualität von sozialen Systemen, Gesundheit, Bildung und Pensionen negativ auswirkt. Solche Lebensbedingungen bedeuten für den Großteil der Bevölkerung einen alltäglichen Überlebenskampf. Es ist nicht verwunderlich, dass die allgegenwärtige Verbitterung zur Abwanderung der jüngeren Generationen führt, die ihr Glück lieber im Ausland suchen, da sie in ihrem Land keine Perspektiven auf ein würdevolles Leben sehen.

Alltäglicher Überlebenskampf für einen Großteil der Bevölkerung in BiH

Eines der Hauptprobleme ist sicher die festgefahrene politische Struktur, beruhend auf einem ethnisch determinierten politischen System, das infolge des Friedensabkommens von Dayton 1995 entstand. Dieses System ist in der Verfassung von Bosnien und Herzegowina verankert. Es sieht auf Gemeinde-, Kantonal-, Entitäts- und Staatsebene komplizierte und langatmige Entscheidungsfindungen und strikte Quoten für die Vertretung der drei konstitutiven Völker – bosnischen Serben, Kroaten und Bosniaken – in allen staatlichen Einrichtungen vor, was die Funktionalität und Effektivität des politischen Systems in Frage stellt. Dass die Verfassung geändert werden muss, steht außer Frage, doch muss dies vom Willen der Bevölkerung getragen sein. Im Moment nützt es relativ wenig, weiterhin über das Sejdić-Finci Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und seine Umsetzung zu diskutieren und die weitere Entscheidungsfindung auf verschiedenen Regierungsebenen in BiH zu blockieren.² Diese Frage zu lösen ist zweifellos wichtig. Allerdings müssen

Festgefahrene politische Strukturen

¹ Hatte es Reisende vor den Wahlen nach Bosnien und Herzegowina verschlagen, konnten die riesigen Wahlplakate mit einschlägigen Wahlslogans nicht unbemerkt bleiben: „Hrvatski odgovor“ („Kroatische Antwort“) als Slogan eines der Wahlplakate der pro-kroatischen HDZ, Hrvatska Demokratska Zajednica (Kroatische Demokratische Union) mit dem Abbild von zwei in einander verkeilten Händen. Oder der Slogan von Fahrudin Radončić, einem der reichsten Männer in BiH, der gleichzeitig Eigentümer einer der meistgelesenen Tageszeitung in der Föderation ist: „Uspjesan Bošnjak za jaku BiH“ („Erfolgreicher Bosniaker – Anm.: nicht Bosnier – für ein starkes Bosnien und Herzegowina“), oder die riesigen Wahlplakate von Bakir Izetbegović: „U jedinstvu je snaga“ („In der Einheit liegt die Stärke“ – Anm.: die Einheit Bosniens und Herzegowinas als Gesamtstaat oder die der nationalen Gruppen?). Dodik's Wahlslogan lautete: „Za pobjedu Srpske“ („Für den Sieg der Republik Srpska“) etc. Diese Slogans geben ein gutes Abbild der vorherrschenden Situation in Bosnien und Herzegowina wider: Kein gemeinsames bosnisch-herzegowinisches Interesse, keine gemeinsamen Ziele. Stattdessen die Hervorhebung partikularer national-ethnischer Interessen und Dis-tanzierung von den „Anderen“.

² Im Sejdić-Finci Urteil geht es um die Frage der nationalen Minderheiten, die nicht zu den drei konstitutiven Völkern zählen und somit für das Staatspräsidium nicht kandidieren dürfen.

gleichzeitig dringende Fragen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gelöst werden, sowie Reformen für Wirtschaftswachstum und einen besseren Zugang zu sozialen Systemen (Gesundheit, Bildung, Pensionen) eingeleitet werden, die konkrete und direkte Auswirkungen auf den Alltag der Menschen haben und zu einer sofortigen Verbesserung ihrer Lebensbedingungen führen würden.

Ein weiteres Problem ist der Mangel an Alternativen in der politischen Szene. Es stellt sich nämlich die Frage, was die Opposition tatsächlich bieten kann, ist sie doch viel zu schwach und nichts als ein weiterer Puzzlestein, der sich ins politische System fügt. Fehlende Perspektiven und Alternativen, aber auch Passivität, Angst und Lethargie vieler BürgerInnen in BiH führen dazu, dass sich das bestehende System weiterhin aufrechterhalten und selbst reproduzieren kann. Seit Jahren sind wir mit denselben Bildern konfrontiert: ausgeprägte Armut und Chancenlosigkeit des Großteiles der Bevölkerung auf der einen Seite und Bereicherung für einige Wenige (immer dieselben), die ihre eigentlichen Interessen hinter einer Schutzwand von ethnisch-nationalistischen Diskursen, leeren Versprechungen und einer vorgespielten Besorgnis über die Aufrechterhaltung einer eigenen „bosniakischen“, „kroatischen“ oder „serbischen“ Identität verstecken, auf der anderen. Was BiH braucht, ist eine bosnische Identität, die sich nicht in ethnisch-nationalistischen Prinzipien erschöpft, sondern aus einer Bürgerzugehörigkeit hervorgeht, die auf demokratischen Prinzipien und Menschenrechten beruht, was nur durch Rechtstaatlichkeit sichergestellt werden kann.

Fehlende Perspektiven in der politischen Szene

Dass der Status quo und die festgefahrenen politischen Strukturen aber nicht unerschütterlich sind, haben die Februarproteste gezeigt. Angefangen mit ArbeiterInnenprotesten auf Grund von Entlassungen aus privatisierten und später gezielt in den Bankrott geführten Fabriken breiteten sich die Proteste – unterstützt von StudentInnen, Arbeitslosen, PensionistInnen und weiteren BürgerInnen, die ihre Verbitterung und Hoffnungslosigkeit offen und laut zum Ausdruck brachten – in weiteren Teilen von BiH aus.

BürgerInnen Proteste im Frühjahr 2014

Besorgt über die Situation und angeregt durch die Proteste, ergriff das Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte (BIM) in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMeiA) und dem Karl Renner Institut (RI) eine Initiative zur Stärkung der Zivilgesellschaft in BiH. In diesem Rahmen fanden eine Panel-Diskussion im Juni 2014 in Wien und ein Treffen mit AktivistInnen aus der Zivilgesellschaft im Juli 2014 in Sarajevo statt, als Vorbereitung für eine großangelegte dreitägige Konferenz, die vom 8.-10. September 2014 in Wien abgehalten wurde. An der Konferenz mit dem Titel „Civil Society as a Factor for Change“ nahmen 40 Personen aus BiH (AktivistInnen aus den Bürgerplena, NGOs, AkademikerInnen und KünstlerInnen) sowie ExpertInnen aus der Westbalkan Region, aus

Initiative zur Stärkung der Zivilgesellschaft

Österreich und anderen Ländern teil. Die Initiative wird von gleichgesinnten PartnerInnen unterstützt – ERSTE Stiftung, Central European Initiative (CEI), EU Special Representative in Bosnia and Herzegovina und Britische Botschaft in Wien. Weitere Treffen sind im Dezember 2014 in BiH geplant mit dem Ziel, konkrete Aktivitäten zur Stärkung der Zivilgesellschaft zu definieren. Veränderung kann nur eingeleitet werden, wenn der Druck von unten stark genug ist. Die BürgerInnen müssen auf die MachthaberInnen stärker einwirken und eine starke kritische Masse bilden.

Druck von unten

Es braucht aber auch einen starken Druck von oben. Die „Sogwirkung“ der EU auf die Staaten des Westbalkans hat für BiH noch nicht eine ähnliche Kraft wie im Falle von Kroatien, Montenegro und Serbien entfaltet. Dies hängt hauptsächlich mit dem Umstand zusammen, dass ein EU-Beitritt von BiH in weiter Ferne liegt, weil die derzeitigen amtierenden MachthaberInnen, an einer Änderung offensichtlich nicht interessiert sind. Daher muss die EU und die Internationale Gemeinschaft eine stärkere Rolle in BiH einzunehmen versuchen, und zwar nicht im Sinne der Bonn-Powers des Hohen Repräsentanten³, sondern im Sinne eines starken Partners für die Zivilgesellschaft, eine Idee, die von der österreichischen Außenpolitik und Bundesminister Sebastian Kurz mutig aufgegriffen wurde und in Zukunft weiterhin verfolgt wird.

Druck von oben

Dass eine aktive Zivilgesellschaft die weitere Stärkung des demokratischen Gemeinwesens in den Staaten des Westbalkans und deren EU-Annäherung unterstützen kann, wurde auch auf der Konferenz zum Westlichen Balkan am 28. August 2014 in Berlin festgehalten. Die Konferenz ist der Anstoß zu einer vierjährigen Periode, in der VertreterInnen der Europäischen Kommission gemeinsam mit Regierungschefs, Außenministern und Wirtschaftsministern der Staaten des Westlichen Balkans eine gemeinsam festgelegte Agenda umsetzen wollen.⁴ Im August 2015 wird es eine Folgekonferenz in Österreich geben.

Im Hinblick auf die Rolle der Zivilgesellschaft in BiH stellt sich noch die Frage, ob die PolitikerInnen und die BürgerInnen aus den Protesten etwas gelernt haben. Wie Vedran Džihic, Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP), der die Initiative zur Stärkung der Zivilgesellschaft unterstützt und mit dem BIM eng zusammenarbeitet, bei einem seiner Vorträge feststellte, würde sich nach den Wahlen in BiH gleichzeitig nichts und doch etwas verändern: Nichts würde sich verändern, da festgefahrene Strukturen und alteingesessene PolitikerInnen von heute auf morgen nicht verschwinden werden. Gleich-

Was wird sich nach den Wahlen in BiH ändern?

³ Als Bonn-Powers wird die Vollmacht des Hohen Repräsentanten (OHR) bezeichnet, der die Befugnis hat, unter gewissen Umständen in Bosnien und Herzegowina Gesetze zu erlassen und Politiker und Beamten ihres Amtes zu entheben. Solche Entscheidungen werden vermehrt als Eingriff in das Ownership und Souveränität des Landes betrachtet und wurden in den letzten Jahren nicht angewendet.

⁴ Schwerpunkte der Agenda sind die Europäische Perspektive des Westlichen Balkans, Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit, Stärkung der Regierungsführung und Steigerung des Wohlstands durch nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

zeitig würde sich doch etwas verändern, da die Einstellung und das Bewusstsein der BürgerInnen gegenüber den MachthaberInnen nach den Protesten sicherlich anders sein würden.

Wesentlich wird es sein, auf diejenigen, die gewählt wurden, gleichzeitig von oben und unten Druck auszuüben, damit sie im Interesse der BürgerInnen agieren und nicht ihren Eigeninteressen folgen. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, wird es in Bosnien und Herzegowina zu den lang ersehnten Verbesserungen der Lebensbedingungen aller Menschen dieses Landes kommen.

**Eine Politik im
Interesse der BürgerInnen**

Die BIM-Position wurde verfasst von *Nina Radović*, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte.

© Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte

A: Freyung 6 (Schottenhof), Hof 1, Stiege II, 1010 Vienna, Austria

T: +43 (0) 1 42 77 274 20, F: + 43 (0) 1 4277 27429. E: bim.office@univie.ac.at, W: <http://bim.lbg.ac.at>

Fotos Titelblatt: Steffi Dittrich

Wien, Oktober 2014